

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 23.04.2015
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Bürgeranregung gem. § 24 GO Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0041/2015	5
3 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 19.03.2015 betreffend Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage auf der Straße Strümper Berg von Haus Nr.15 bis 19a Vorlage: FB5/0202/2015	5
4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.03.2015 betreffend Beschilderung und Markierung der Einmündung der Johannes-Kirschbaum-Straße in die Niederlöricker Straße Vorlage: FB5/0203/2015	6
5 Personalentwicklungskonzept (mündlicher Bericht)	6
6 Einführung der digitalen Gremienarbeit Vorlage: ZD/0201/2015	7
7 1. Bericht zur Finanzsituation 2015 zum 31.03.2015 Vorlage: SFI/0063/2015	7
8 Anträge	8
8.1 Antrag der Fraktion Die Linke/Piraten vom 03. März 2015 betr. Freifunk Vorlage: ZD/0039/2015	8
8.2 Antrag der Fraktion Die Linke(Piraten vom 05. März 2015 betr. Mehr Transparenz in Ausschüssen und Arbeitskreisen Vorlage: ZD/0040/2015	8
8.3 Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 08. März 2015 betr. Prüfung der Stadt Meerbusch durch die Gemeindeprüfungsanstalt Vorlage: ZD/0038/2015	9
8.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. März 2015 betr. ÖPNV im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: ZD/0043/2015	9
9 Anfragen	10
10 Bericht der Wirtschaftsförderung Vorlage: BM/0064/2015	10

11	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
12	Termin der nächsten Sitzung: 18. Juni 2015	10
13	Verschiedenes	11
13.1	Sperrung der Bataverstraße	11
13.2	Straßenabsperungen bei Veranstaltungen von Vereinen	11
13.3	Stellenausschreibung Techn. Beigeordneter/-in	11

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 8.2
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 8.2
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	Vertreterin für Ratsherrn Radmacher
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 8.4
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	Vertreter für Ratsherrn Eckert
------------------	--------------	--------------------------------

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	
--------------------------------	--------------	--

Beratende Mitglieder

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied	

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Herr Dr. Just Gérard	Beigeordneter	
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer	
Frau Tamara Biernacik	Zentrale Dienste	
Herr Michael Gorgs	Pressereferat	
Herr Björn Kerkmann	Referent der Bürgermeisterin	
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat	
Frau Gabriele Parschau	Gleichstellungsbeauftragte	

Frau Heike Reiß
Herr Wolfgang Trapp
Herr Christian Volmerich
Frau Alice Wiegand
Herr Jürgen Wirtz

Wirtschaftsförderungsreferat
Bereichsleiter Fachbereich 5
Service Finanzen
Zentrale Dienste
Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Franz-Josef Radmacher

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage darauf hin, dass dem Ausschuss als Tischvorlagen ein gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einführung der digitalen Gremienarbeit (TOP 6) sowie ein Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion zum ÖPNV (TOP 8.4) verteilt wurden.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es liegt keine Fragestellung vor.

2 Bürgeranregung gem. § 24 GO Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0041/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss zur Beratung und ggf. einer Beschlussempfehlung an den Rat, eine Resolution zur Frackingfreien Gemeinde zu verfassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist auf die korrigierte Beratungsvorlage hin.

Ein Vertreter der Petenten ist nicht anwesend.

Ratsherr Peters sieht eher den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als zuständig für die Beratung der Angelegenheit an und kann daher die Verweisung an den Bau- und Umweltausschuss nicht nachvollziehen.

Insgesamt besteht im Ausschuss Einigkeit, eine Resolution zum Thema Fracking zu beschließen. In welchem Ausschuss hierzu eine Vorbehandlung erfolge sei zweitrangig.

3 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 19.03.2015 betreffend Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage auf der Straße Strümper Berg von Haus Nr.15 bis 19a Vorlage: FB5/0202/2015

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Herr Schleupen ist als Vertreter der Petenten anwesend und erhält Gelegenheit, die Bürgeranregung zu erläutern.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert das weitere Vorgehen mit der vorgesehenen Verweisung an den Bau- und Umweltausschuss.

Ratsfrau Glasmacher und Ratsherr Staudinger-Napp unterstützen die Bürgeranregung. Eine öffentliche Straßenbeleuchtung sei dort nicht erforderlich, die Beleuchtung durch die Anwohner sei völlig ausreichend.

**4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.03.2015 betreffend Beschilderung und Markierung der Einmündung der Johannes-Kirschbaum-Straße in die Niederlöricker Straße
Vorlage: FB5/0203/2015**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Angelegenheit bereits in einer Einwohnerfragestunde des Bau- und Umweltausschusses vorgebracht wurde.

Die Petentin ist nicht anwesend.

5 Personalentwicklungskonzept (mündlicher Bericht)

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt zunächst Herrn Kerkmann als ihren neuen persönlichen Referenten vor und weist auf die neue Funktion von Frau Wiegand als Abteilungsleiterin für TUIV und Organisationsentwicklung im Service Zentrale Dienste hin. Anschließend gibt sie einen kurzen Rückblick auf die bisherige Entwicklung des Personalentwicklungskonzeptes. In der heutigen Sitzung werde nunmehr der aktuelle Stand der wesentlichen Inhalte und Strategien sowie der bisher umgesetzten Maßnahmen dargestellt.

Herr Wirtz erstattet sodann anhand eines Folienvortrages, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, diesen Bericht und beantwortet zusammen mit Bürgermeisterin Mielke-Westerlage Zwischenfragen aus dem Ausschuss.

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auf entsprechende Nachfragen erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass die Vergütung des Personals im Sozial- und Erziehungsdienst auf der Tagesordnung der nächsten Bürgermeisterkonferenz stehe. Die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für die externe Unterstützung bei der Personalentwicklung seien noch nicht verplant. Hinsichtlich der zukünftigen Gewinnung des Führungskräftenachwuchses sei der Beginn gezielter Gespräche mit in Frage kommenden Mitarbeitern/-innen für die zweite Jahreshälfte vorgesehen. Dies gelte auch für eine Fortführung der bisherigen Schulung der Führungskräfte zu bestimmten Themen. Hinsichtlich der bestehenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Stellen für hauptamtliche Feuerwehrleute werde sie vor den Haushaltsberatungen für das kommende Jahr eine Konzeption vorlegen.

6 Einführung der digitalen Gremienarbeit **Vorlage: ZD/0201/2015**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss hebt den Sperrvermerk im Haushalt (7.01001005.715.001) auf.

Er beauftragt die Verwaltung für Ratsmitglieder, die auf eine entsprechende Abfrage ihr Einverständnis zur Teilnahme an der digitalen Ratsarbeit erklären, iPads (16 GB ohne Mobilfunkslot) zum Preis von ca. 360,--€ zur Durchführung der digitalen Gremienarbeit zu beschaffen bzw. ihr eigenes iPad für die digitale Ratsarbeit zur Verfügung zu stellen. Die Geräte werden verwaltungsseitig mit der Mandatos-iPad-App der Firma Somacos ausgestattet.

Die iPads werden den Ratsmitgliedern kostenfrei für die Dauer ihrer Mitgliedschaft zur Verfügung gestellt.

Die Ratsmitglieder, die nicht an der digitalen Gremienarbeit teilnehmen, sowie die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger erhalten weiterhin die Sitzungsunterlagen in Papierausfertigung. Auf Wunsch können sachkundige Bürgerinnen und Bürger bei Vorliegen einer entsprechenden Einverständniserklärung ebenfalls an der digitalen Gremienarbeit mit ihrem eigenen iPad teilnehmen. Die notwendige Mandatos-App wird verwaltungsseitig installiert.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt einen Rückblick auf die bisherige Diskussion in der Angelegenheit und weist auf den als Tischvorlage verteilten gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN hin.

Ratsherr Damblon erläutert den Antrag der beiden Fraktionen. Die digitale Ratsarbeit sollte auf eine möglichst breite Basis gestellt werden. Aus diesem Grund sei der Verzicht auf eine Eigenbeteiligung der Ratsmitglieder an den Beschaffungskosten erforderlich. Der Vorschlag, überholte Geräte bzw. das günstigere Vorgängermodell zu beschaffen, reduziere die Kosten und ermögliche einen Verzicht auf die Eigenbeteiligung. Insgesamt werde damit eine rasche Umsetzung der Einführung ermöglicht.

In der anschließenden kurzen Beratung besteht Einigkeit, die Beschaffung von Neugeräten des Vorgängermodells durchzuführen, da hier die Gewährleistungsfristen günstiger sind und der Preisunterschied zu überholten Geräten recht gering ist.

7 1. Bericht zur Finanzsituation 2015 zum 31.03.2015 **Vorlage: SFI/0063/2015**

Herr Fiebig erstattet den Bericht anhand der Informationsvorlage, die er näher erläutert. Zudem beantwortet er gemeinsam mit Bürgermeisterin Mielke-Westerlage Nachfragen aus dem Ausschuss.

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion Die Linke/Piraten vom 03. März 2015 betr. Freifunk Vorlage: ZD/0039/2015

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Unterstützung der Freifunkinitiative zu prüfen. Dabei soll eine mögliche Kooperation zwischen Stadt und dem gemeinnützigen Verein „Freifunk Rheinland e. V.“ angestrebt werden. Positive Beispiele solch einer Kooperation gibt es beispielsweise bereits in den Städten Arnsberg und Dormagen.
2. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, sich bei Fragen der technischen und rechtlichen Umsetzbarkeit des Freifunks mit den Stadtverwaltungen in Arnsberg und Dormagen ins Vernehmen zu setzen. Besonders Arnsberg sticht bundesweit als positives Beispiel hervor.
3. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, zu prüfen, inwieweit die Aufstellung von Freifunkroutern in und auf städtischen Gebäuden und den städtischen Töchtern möglich ist, um dadurch die Netzversorgung zu verbessern und die Freifunkinitiative zu unterstützen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Jansen erläutert den Antrag seiner Fraktion, der im Ausschuss nach kurzer Beratung Zustimmung findet.

8.2 Antrag der Fraktion Die Linke(Piraten vom 05. März 2015 betr. Mehr Transparenz in Ausschüssen und Arbeitskreisen Vorlage: ZD/0040/2015

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert einleitend, dass es sich aus der Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Rates ergebe, welche Angelegenheiten öffentlich und welche nicht-öffentlich behandelt werden müssen. Insofern sei hier kein weiterer Beschluss erforderlich. In den wenigen Arbeitskreisen werden keine Entscheidungen getroffen. Sie dienen vielmehr der Erarbeitung von Informationen, die dann Grundlage für eine weitere Beratung bzw. Entscheidung in den zuständigen Ausschüssen und im Rat seien. Da in Arbeitskreisen keine Entscheidungen getroffen werden, gebe es in der Regel keine formellen Niederschriften.

Ratsherr Jansen bittet dennoch darum, die bisherige Praxis zu überprüfen. So könne es u.U. bereits ausreichend sein, durch die Schwärzung von Namen den Schutz der betroffenen Personen sicherzustellen und die Angelegenheit dadurch in öffentlicher Sitzung beraten zu können. Hinsichtlich der Diskussion von Angelegenheiten in Arbeitskreisen fühlten sich Bürger häufig vor vollendete Tatsachen gestellt, da in Ausschuss- oder Ratssitzungen keine inhaltlichen Diskussionen mehr geführt werden. Hierdurch könnten Entscheidungen häufig nicht mehr nachvollzogen werden. Insofern sei die Veröffentlichung der Arbeitskreisprotokolle wünschenswert.

Ratsherr Neuhausen, Ratsherr Damblon und Ratsfrau Kox geben zu bedenken, dass Arbeitskreise nur bei Bedarf eingerichtet wurden. Insgesamt sollte dort die Möglichkeit bestehen, durch offene Rede-

beiträge zu einer Informations- und Meinungsbildung zu den jeweiligen Angelegenheiten zu kommen, die dort letztlich jedoch nicht entschieden werden. Diese Entscheidung und auch die Darstellung der Entscheidungsgründe in einer Beratung werde ausschließlich in den zuständigen Ausschüssen bzw. im Rat vorgenommen. Insofern sei auch die erforderliche Transparenz für die Öffentlichkeit gewahrt.

Vor diesem dargestellten Hintergrund erklärt Ratsherr Jansen den Antrag seiner Fraktion für erledigt.

8.3 Antrag der Fraktion Die Aktiven vom 08. März 2015 betr. Prüfung der Stadt Meerbusch durch die Gemeindeprüfungsanstalt Vorlage: ZD/0038/2015

Ratsherr Staudinger-Napp erläutert die Anfrage seiner Fraktion und regt an, die Ergebnisse der GPA-Berichte auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen.

Herr Fiebig berichtet, es habe die Möglichkeit bestanden, die Ergebnisse als CD bei der Verwaltung anzufordern. Diesem Angebot sei jedoch nur in sehr geringem Umfang nachgekommen worden.

Es besteht Einigkeit, eine Zusammenfassung der Berichtsergebnisse als Anlage zur Niederschrift beizufügen.

8.4 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. März 2015 betr. ÖPNV im Meerbuscher Stadtgebiet Vorlage: ZD/0043/2015

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Rheinischen Bahngesellschaft und der Stadt Düsseldorf über Verbesserungen des ÖPNV ins Meerbuscher Stadtgebiet zu verhandeln sowie die möglichst zeitnahe Umsetzbarkeit und den Kostenrahmen nachfolgender neuer Linien bzw. Angebotserweiterungen zu ermitteln:

1. Beibehaltung der höheren Taktdichte der Linie U76 aus dem Tagesverkehr bis mindestens 21 Uhr mit entsprechender Anbindung der Linien 831 oder 830,
2. Busverbindung von Meerbusch in den Düsseldorfer Norden (Freiligrathplatz, Messe, evtl. Fernbahnhof Düsseldorf-Flughafen), wie sie zeitweise bestanden hat,
3. verbesserte Erreichbarkeit des JuCa-Jugendcafés in Meerbusch-Osterath,
4. Linienbedarf nach Kaarst.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt einen Hinweis auf den als Tischvorlage verteilten Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion, der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bzw. der Ausschuss für Planung und Liegenschaften solle sich ausführlich mit dem Thema ÖPNV beschäftigen.

Ratsherr Peters erläutert anschließend den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, sie sehe hier eher die Zuständigkeit für den Planungsausschuss. Nach bisherigen Kenntnisse betragen die Mehrkosten der Stadt Meerbusch für eine höhere Taktdichte der Linie U76 ca. 29.000 €. Die Stadt Krefeld habe bisher signalisiert, sich an den Mehrkosten nicht zu beteiligen. Ein Kontakt auf Ebene der Bürgermeister sei avisiert. Die gewünsch-

te Verbesserung der Erreichbarkeit des JuCa betreffe die Abende an Freitagen und Samstagen mit einer zusätzlichen Busverbindung. Ein möglicher Bedarf für eine Linienverbindung nach Kaarst müsse noch geprüft werden. Sie schlage vor, die Angelegenheit insgesamt in einer Sondersitzung des Planungsausschusses zu behandeln.

Ratsherr Jansen unterstützt den Antrag von CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN und bittet um zusätzliche Prüfung, ob die Linie U76 wochentags nach Mitternacht 1 x mehr durchgehend bis Krefeld eingesetzt werden könne, da momentan zu dieser Zeit eine Fahrt über die Haltestelle „Lörick“ hinaus nicht möglich sei.

Ratsherr Staudinger-Napp regt an, beim Einsatz der Linie U76 zukünftig auf die Bistrowagen zu verzichten, da hierdurch der Platz für die Fahrgäste unnötig eingeschränkt werde.

In der anschließenden Abstimmung ergibt sich sowohl für den gemeinsamen Antrag der CDU und Bündnis90/DIEGRÜNEN als auch für den Ergänzungsantrag der FDP Einstimmigkeit.

9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

10 Bericht der Wirtschaftsförderung Vorlage: BM/0064/2015

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Wirtschaftsförderung zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage gibt hierzu kurze Erläuterungen. Ein solch schriftlicher Bericht erfolge zukünftig 1 x jährlich. Auf Rückfrage von Frau Niederdellmann-Siemes erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass über die Themenbereiche der möglichen Ansiedlung eines Discounters in Meerbusch-Lank und Ostara in der nächsten Sitzung des Planungsausschusses berichtet werde.

Zum Verfahrensstand bzgl. des Bürgersaals in Meerbusch-Büderich seien der Verwaltung keine Neuigkeiten bekannt.

Zu den von Ratsherrn Peters erfragten Möglichkeiten bzgl. einer speziellen Förderung des produzierenden Gewerbes in Meerbusch sei eine Antwort erst nach einer Prüfung möglich.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ergänzt, dass die Informationstafeln zum damaligen Reichspräsidenten Hindenburg inzwischen an der nach ihm benannten Straße aufgestellt worden seien.

12 Termin der nächsten Sitzung: 18. Juni 2015

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 18. Juni 2015 statt.

13 Verschiedenes

13.1 Sperrung der Bataverstraße

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet um Auskunft, ob die Sperrung der Bataverstraße am kommenden Wochenende verlängert werden könne, um dies zu einer Verkehrszählung im Bereich Römerstraße / Laacher Weg zu nutzen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage will dies prüfen lassen.

13.2 Straßenabsperungen bei Veranstaltungen von Vereinen

Ratsherr Rettig kritisiert das vorgesehene geänderte Verhalten der Verwaltung, nunmehr einzelnen Vereinen wieder bei der Lieferung und Aufstellung von Schildern und Absperrgittern zu unterstützen. Er habe einer Veröffentlichung in der Presse entnommen, dass dies auf Initiative der Ratsfraktionen „Die Aktiven“ erfolgt sei. Die Fragestellung, ob und wie Vereine bei Veranstaltungen hinsichtlich der erforderlichen Verkehrssicherungsmaßnahmen seitens der Stadt weiterhin unterstützt werden könnten, sei seinerzeit im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss intensiv beraten worden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt die Entscheidung sei nicht aufgrund einer Anfrage der Fraktion „Die Aktiven“ erfolgt, sondern sei bereits zuvor getroffen worden. In diesem Ausschuss sei seinerzeit zwar eine intensive Diskussion erfolgt, letztlich sei jedoch kein Beschluss gefasst worden. Nunmehr habe sie auf eine Anfrage die Informationen an Ratsherrn Staudinger-Napp gegeben. Eine Information ihrerseits an die Presse sei nicht erfolgt. Nach ihrer Auffassung sei es erforderlich, einzelnen Vereinen seitens der Stadt im Rahmen der Möglichkeiten eine flexible Unterstützung bei Veranstaltungen, die letztlich zum Stadtmarketing beitragen, zu gewähren.

13.3 Stellenausschreibung Techn. Beigeordneter/-in

Auf entsprechende Nachfrage von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass innerhalb der Bewerbungsfrist 18 Bewerbungen eingegangen seien, die derzeit gesichtet werden.

Meerbusch, den 4. Mai 2015

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in